



Belegschaftsinfo

Nr. 211; 20. Oktober 2011

Information der Belegschaftsliste
für die Beschäftigten bei Bayer Wuppertal

„Beschäftigungssicherung“ bis 2015

Erste Gespräche haben stattgefunden. Doch wie bisher immer, dringt so gut wie nichts nach außen. Die Belegschaft wird halt nicht gefragt. Der kleine Kreis der Betriebsratsvorsitzenden führt die vertraulichen Verhandlungen und glaubt fest, immer im Sinne der Beschäftigten das Beste herauszuholen.

Dass die Betriebsratspitzen dies glauben- das glauben wir auch. Allerdings fragen wir uns regelmäßig, wie die Spitzenfunktionäre denn zu ihren Auffassungen kommen – denn sie reden ja nicht mit DER Belegschaft.

Die Absprache zur Aufnahme von Verhandlungen für eine neue Vereinbarung mit dem Arbeitstitel „Beschäftigungssicherung bis 2015“ und der „Lösungsweg“ für die BBS-ITO zeigt das Dilemma auf: Unter dem Titel Beschäftigungssicherung wird der Abbau von Personalzahlen beschrieben – also der Unternehmenstrend der Arbeitsplatzverlagerung nach Asien und drastischer Arbeitsplatz-

verlust insbesondere in Europa fixiert. Wir erwarten, dass die Positionen der Betriebsräte auch in den Gremien und mit der Belegschaft zuvor beredet werden können und nicht nur die Ideen einiger weniger Großköpfe darstellen. Vereinbarungen zur Abwicklung von Personalabbaumaßnahmen haben wir schon genug.

Die gefeierte Lösung für BBS-ITO ist die Zustimmung zur Auslagerung des Bereiches an die Firma ATOS, nur mit ein wenig Verzögerung. Dafür werden der Widerstand und unangenehme Nachfragen fürs Unternehmen auf ein Minimum reduziert oder eingestellt. Die Sozialpartnerschaft bei Bayer hat wieder einmal blendend funktioniert. Verärgert reagierten Betriebsratsspitzen allerdings darüber, dass die Details in den vereinbarten Protokollnotizen, die den Verkauf der BBS-Beschäftigten verdeutlicht, bei den Beschäftigten

detailliert bekannt wurden. Lieber wollten sie sich verschleiern als die "Gewinner" feiern lassen, die alles Böse von den BBS-Kollegen fernhalten konnten.

Der anschließende gemeinsame partnerschaftliche Auftritt mit Geschäftsleitung in plötzlich wieder gefundener Harmonie im Juli in Leverkusen hat vielen Kollegen nicht gefallen. Trotz der sicher positiv bewerteten Aufschiebung der Auslagerung fühlen sich die BBS-ITO-KollegInnen schlicht „verschaukelt und verkauft“.



Endlich ein wenig Konsequenz

Seit Jahren drängeln wir, die **Verrechnung von Arbeitszeit bei Fortbildungen in Elberfeld zu stoppen und vernünftig zu regeln**. Wie berichtet hatte der Betriebsrat die Personalleitung zu Verhandlungen aufgefordert - doch Frau Lohkamp lehnte Gespräche mit dem Elberfelder Gremium ab. Im Frühjahr 2011 reichte der Betriebsrat den Antrag auf Einsetzung einer „Einigungsstelle“ beim Arbeitsgericht Wuppertal ein.

Am 27. Juni 2011 einigten sich Bayer und der Betriebsrat vor Gericht darauf, den so genannten Verhandlungsausschuss von

Bayer Pharma zu befragen, ob er sich zuständig fühle – und noch im August einen ersten Verhandlungstermin für September zu vereinbaren. Anderenfalls sollte die Einigungsstelle sofort ihre Arbeit aufnehmen.

Der Verhandlungsausschuss fühlte sich zunächst nicht zuständig, ein Termin hierfür wurde nicht vereinbart. Die Unternehmensleitung überredete zwar den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden, Ende September eine Kommission zu diesem Thema gründen zu wollen – doch dies war nicht die gerichtliche Entscheidung.

Daraufhin platze dem Betriebsrat Elberfeld endlich der Kragen: Auf unseren Antrag wurde nun die gerichtliche Einigungsstelle für Anfang Oktober eingeladen, um endlich mit inhaltlichen Verhandlungen für die Wuppertaler Belegschaft zu beginnen.

Ständig Störfeuer

Auch hier versucht Frau Lohkamp weiterhin ihre Störfeuer zu zündeln: Sie ließ den Termin aufheben, weil sie persönlich nicht verfügbar sei. Gleichzeitig überredete

Fortsetzung nächste Seite ->

Einreichung eines Verbesserungsvorschlags

Ab und zu taucht die Frage auf, wie und wo man einen Verbesserungsvorschlag (VV) einreicht.

Auf der Intranetseite unter Quick links findet man das Portal zu BIP (Bayer Ideen Pool).

Dort gibt es die Möglichkeit ein Einreicher-Formular als Word Dokument aus dem Netz zu ziehen.

Das Formular wird dann wie beschrieben, mit den persönlichen Daten und der Beschreibung des Vorschlags ausgefüllt. (Wenn möglich mit Skizze oder Foto).

Der zweite Schritt ist, dass man damit zu seinem Vorgesetzten geht, und der wiederum die Einreichernummer vergibt. Der Verbesserungsvorschlag wird dann an das BIP Büro, z.H. Herrn Katzenberger in Geb 156 geschickt. Dort wird der Vorschlag in eine Datenbank aufgenommen

und von dort aus an die jeweiligen Experten verschickt (Ingenieur, Arbeitssicherheit, etc.).

Es gibt leider immer noch Vorgesetzte, die der Meinung sind, das Verbesserungen, die als Verbesserungsvorschlag eingereicht werden, zu den originären Aufgaben des jeweiligen Mitarbeiters gehören und lehnen es dann ab, den VV anzunehmen. Das Verhalten ist allerdings zur Mitarbeitermotivation wenig hilfreich.

In diesem Fall bleibt dem Einreicher nichts anderes übrig, als den VV selber einzureichen und an das Büro von Herrn Katzenberger zu schicken.

Hier ist es angebracht, dass der Betriebsrat ein Motivationsgespräch mit dem Vorgesetzten und dessen Vor-Vorgesetzten führt.



Fortsetzung Titelseite:

Endlich ein wenig Konsequenz

sie den Verhandlungsausschuss, dennoch zu tagen. ...

Der Verhandlungsausschuss von BHC entschied allerdings, dass er nur tätig werden könne, wenn klar sei, dass eine reine BHC-Materie vorläge. Da Frau Lohkamp seit über einem Jahr keinerlei inhaltliche Vorstellungen äußerte, keinesfalls erkennbar sei, dass es nur BHC betrifft, glauben die Betriebsräte im Verhandlungsausschuss, dass der Elberfelder Betriebsrat zuständig ist.

Verstoß gegen GBV zugegeben

Da jedoch eine Vertreterin von HR vor Gericht eine Zuständigkeit des Gesamtbetriebsrates damit begründete, dass Bayer in Elberfeld wissentlich gegen die gültige GBV verstößt, soll sich der Gesamtbetriebsrat zusätzlich um die Einhaltung der Vereinbarung kümmern. Gegen eine gleichzeitige Aktivität des Gesamtbetriebsrates spricht nichts.

Entscheidend bleibt:

Wir wollen gute und zeitnahe Lösungen für die Beschäftigten erreichen. Und das kann und darf der Elberfelder Betriebsrat mit Recht einfordern.

Kindertagesstätte für MitarbeiterInnenkinder

Zurzeit steht der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit in Gesprächen zur Einrichtung einer Kindertagesstätte für die Bayer-Mitarbeiter in Elberfeld. Nachdem ermittelt wurde, wie groß der Bedarf an diesem Standort ist, hat der Ausschuss für den Betriebsrat ein Konzept erarbeitet, mit dem er in weitere Gespräche geht.

Wir hoffen, dass für die Mitarbeiter ein gutes Ergebnis am Standort Wuppertal erzielt wird.

Aus unserer Sicht trägt eine KiTa sicherlich auch zur Mitarbeiterzufriedenheit bei.

Die entscheidenden Eckpunkte:

- Werksnähe
- Vorrang für Mitarbeiterkinder
- Krippenalter bis Schulbeginn

- Öffnungszeiten von 6 Uhr bis 18.00 Uhr
- Im Bedarfsfall über Nacht oder an Wochendenden

In anderen Standorten sind Mitarbeiter-KiTa's längst Realität.

Wir wollen für die Wuppertaler KollegInnen mit Kinder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verwirklicht sehen.

V.i.S.d.P.: Betriebsräte der *Belegschaftsliste*:

Michael Groß, GDD-GED-DMPK-BNP, Geb. 468, Tel. 8310
Birgit Hancke, GDD-GED Toxikologie, Geb. 514, Tel. 8177
Ralf Hochwald, Betriebsrat, Geb. 54, Tel. 7345
Heike Luttkus, API-SC ELB QU, Geb. 25, Tel. 7789
Christian Pieper, GDD-CMC-GCD, Geb. 131, Tel. 7457

Thomas Preuss, API-SC ELB WP-TR, Geb. 90, Tel. 2713
Michael Schmidt-Kießling, Betriebsrat, Geb. 54, Tel. 2546
Cornelia Streich, GDD-LGO-MCW (CWL), Geb. 460, Tel. 8402
Jörg Majewski, API-SC ELB Werkschutz, Geb. 303, Tel. 2255
Renate Kruk GDD-GED-DMPK, Geb. 468, Tel. 4252

Die Belegschaftsliste im Internet: www.belegschaftsliste.de oder www.belegschaftsliste.org

Herkunft des Bundestrojaners: Die Spur führt nach Bayern

Zuerst hieß er "Bundestrojaner", inzwischen sprechen vor allem die Blogger vom "Bayerntrojaner". Tatsächlich war es der "Freistaat", der die umstrittene Spionage-Software in Auftrag gab.



Der Chaos Computer Club zündete die Bombe: alle Indizien sprechen dafür, dass zumindest einer der umstrittenen Trojaner von Behörden aus dem Freistaat in Auftrag gegeben und benutzt wurde. Klar ist: Die hessische Firma DigiTask hat die Späh-Software programmiert, die bundesweit Empörung bei Datenschützern und Politikern hervorgerufen hat. Aber in wessen Auftrag? Die Spuren, die auf Bayern hinweisen, sind klar.

Hinweis 1:

Der Code des Staatstrojaners beginnt mit dem bayerischen Ur-schrei: "0zapft is!". Eigentlich sind das die magischen Worte, mit denen der Münchner Oberbürgermeister den Bierstrom auf der Wiesn loslässt. Im Fall der Schnüffelsoftware werden Ströme von Screenshots und Skype-Gesprächen angezapft. Dass das O von "0zapft is" eine Null ist, liegt an der Codiersprache. Ein Schreibfehler eines Zugreisten ist daher auszuschließen.

Hinweis 2:

Sowohl das Bundesinnenministerium als auch das Bundeskriminalamt haben sofort dementiert, irgendetwas mit dem Trojaner zu tun zu haben. Das hat Regierungssprecher Steffen Seibert zuvor sogar noch getwittert. Damit hat er den Verdacht auf die Länder gelenkt, denn die sind selbst für ihre Polizei zuständig. Jetzt beeilen sich die Landeskriminalämter, ihre Erklärungen zu formulieren und Bundesinnenminister Friedrich fordert eine nachträgliche Gesetzesänderung - alles sei doch richtig!

Hinweis 3:

Bayern hat sich ein maßgeschneidertes Angebot für den Spionagetrojaner von der Firma DigiTask machen lassen. Ein Schriftwechsel, der das nahe legt, ist bei

Wikileaks aufgetaucht. In dem Schreiben wird darüber verhandelt, welche Behörde für ihn bezahlt. Weil der Einsatz des Trojaners nämlich sehr teuer ist - 3.500 Euro am Tag will die Programmierfirma dafür haben - hatte das bayerische Justizministerium der Staatsanwaltschaft vorgeschlagen, der Polizei einen Teil der Kosten abzunehmen. Damit ist zwar noch nicht bewiesen, dass Bayern den Trojaner wirklich gekauft hat. Aber wer macht schon einen Rückzieher kurz vor der Kasse - vor allem wenn die Finanzierung steht?

Hinweis 4:

Bayern spioniert am häufigsten die Computer seiner Bürger aus. 2010 wurde in Bayern bei 393 Verfahren die Überwachung der Internet-Kommunikation angeordnet - mehr als doppelt so häufig wie in Baden-Württemberg, das mit 139 Verfahren auf dem zweiten Platz landet. Wie der "Spiegel" im Februar dieses Jahres berichtet hat, spielte Anfang des Jahres das bayerische Landeskriminalamt einen Screenshot-Trojaner auf den Laptop eines Flugpassagiers. Heimlich machte der Trojaner daraufhin Fotos von dessen Computerbildschirm. Drei Monate lang wurde alle 30 Sekunden ein Bild erstellt, insgesamt 60.000 Stück. Das Brisante daran: Der Betroffene stand nicht etwa unter Terrorverdacht, sondern wurde lediglich der illegalen Ausfuhr von Betäubungsmitteln bezichtigt. Das Bundesverfassungsgericht hat den Einsatz von Spionagesoftware aber eigentlich nur bei Verdacht auf „schwere Straftaten“ zugelassen. Diese Klausel haben die bayrischen Behörden also schon einmal weit ausgelegt.

Kurz und verständlich: Wie funktioniert ein Bundestrojaner überhaupt ?

Das ist ein ganz kleines Stück Software, das auf einen PC oder Laptop aufgespielt wird, entweder - wie im Falle etwa am Flughafen in München - direkt händisch, also von einem

Stick oder von einer Diskette oder von einer CD, oder aber, es wird per Mail zugespielt, dann ist es meistens ein Mailanhang. Und wenn man diesen Mailanhang öffnet, dann installiert sich über eine Sicherheitslücke im Betriebssystem dieser kleine Trojaner und lädt anschließend über das Internet weitere Schadsoftware nach, je nachdem, welche Schadsoftware gebraucht wird, bei Bundestrojanern überwiegend Schadsoftware, mit der dann die Festplatte durchscannt werden kann und Festplatteninhalte auf einen sogenannten Auswerteserver - das ist ein Auswertungsrechner - der Sicherheitsbehörden überspielt werden.

Aber genauso gut können Module nachgeladen werden, um beispielsweise die Kamera einzuschalten, eine Raumüberwachung zu machen, das Mikrofon eines Laptops einzuschalten oder beispielsweise einen Keylogger zu installieren, das heißt, da würden alle Eingaben über die Tastatur direkt abgegriffen, bevor sie verschlüsselt werden, sodass man mitlesen kann, was jemand gerade schreibt. Oder man kann beispielsweise auch ein Modul laden, mit dem dann beispielsweise weitere Software in einem Unternehmensnetzwerk verteilt wird, um dann etwa Spionage zu betreiben.

Das ist zwar illegal - aber vielleicht fällt es ja nicht auf. Schaun mer mal....



Datenbank "ELENA"



Die Bundesregierung hat das umstrittene Projekt zum Speichern der Einkommensdaten von Millionen deutschen Arbeitnehmern beendet.

Das Bundeswirtschaftsministerium und das Arbeitsministerium einigten sich am 18. Juli 2011 darauf, den Elektronischen Entgelt-Nachweis ("Elena") "schnellstmöglich einzustellen", wie die Ministerien mitteilten. Sie begründeten das Aus mit dem Datenschutz: Der für das Verfahren notwendige datenschutzrechtliche Sicherheitsstandard bei der elektronischen Signatur sei "in absehbarer Zeit nicht flächendeckend" zu erreichen.

Bis heute übermittelt Bayer dennoch fleißig und gewissenhaft alle Entgeltdaten in das Datengrab ELENA.

Bei HR-direkt ist zu lesen, dass an dem Prozedere festgehalten werde, bis ein neues Gesetz die Änderung auch formal belege.

Datenbank sollte Papier-Bescheinigungen ersetzen

Die erste Stufe von Elena startete Anfang 2010. Seitdem sind Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet, monatlich die Entgeltdaten von Beschäftigten an eine zentrale Speicherstelle bei der Deutschen Rentenversicherung zu übermitteln. Behörden nutzen diese bei der Bearbeitung von Anträgen auf staatliche Leistungen wie Arbeitslosen-, Wohn- oder Elterngeld.

Das System soll der Entbürokratisierung dienen und die früher üblichen Papier-Bescheinigungen von Arbeitgebern für Ämter und Behörden überflüssig machen.

Kritik auch an hohen Kosten für "Elena"

Doch von Anfang an stand das Projekt unter Beschuss. Datenschützer und Gewerkschaften äußerten die Befürchtung, dass "Elena" dem Missbrauch sensibler Arbeitnehmer-Daten wie Informationen über Streikteilnahme oder Fehlzeiten am Arbeitsplatz Tür und Tor öffnet. Die Gemeinden warnten, dass der Aufbau von Elena ihnen Mehrkosten in Höhe von etwa 240 Millionen Euro bescherehen könne. Vor allem der Mittelstand befürchtete Belastungen für sich.

Dass "Elena" nun gestoppt wurde, kommt letztendlich nicht überraschend: Schon im November vergangenen Jahres hatte sich die Regierung bereits geeinigt, den ursprünglich für 2012 geplanten Start von Elena auf 2014 zu verschieben und bis dahin die Testphase zu verlängern.

"Elena": Vorhandene Daten sollen gelöscht werden

Nach dem Ende von "Elena" verspricht die Bundesregierung vollmundig, "dass die bisher gespeicherten Daten unverzüglich gelöscht und die Arbeitgeber von den bestehenden elektronischen Meldepflichten entlastet werden". Zudem solle ein neues Konzept für ein einfacheres Meldeverfahren

zur Sozialversicherung erarbeitet werden. Dabei will die Regierung auf die bestehende Infrastruktur des "Elena"-Verfahrens zurückgreifen, um die bisherigen Investitionen der Wirtschaft zu sichern. Für die nötige Gesetzesänderung lässt sich diese Regierung allerdings wieder Zeit – und lässt weiterhin Daten sammeln um sie später zu vernichten.

"Elena" ist nicht "ELStAM"

"Elena" darf nicht mit der elektronischen Lohnsteuerkarte "ELStAM" verwechselt werden. Die Lohnsteuerkarte wurde 2010 letztmalig in Papierform ausgegeben und gilt ausnahmsweise auch für 2011 weiter. "ELStAM" steht für Elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale. Statt einer Lohnsteuerkarte gibt ein Arbeitnehmer dem Arbeitgeber künftig seine lebenslang gültige persönliche Steuer-Identifikationsnummer. Zusammen mit dem Geburtsdatum kann sich der Arbeitgeber dann die Lohnsteuerklasse oder eventuelle Freibeträge aus einer Datenbank beim Bundeszentralamt für Steuern besorgen und den Lohnabzug entsprechend berechnen.

An- und Abwesenheitsanzeige in Lync

Der (Gesamt-)Betriebsrat hat die Einführung von Lync in seinem jetzigen Erscheinungsbild so toleriert.

Eine Aufzeichnung von Chats oder Videoübertragungen hat der Betriebsrat zwar noch verhindert, aber die Anzeige, wer wie viele Minuten nicht am PC tätig war, ist nicht nur uns sauer aufgestoßen.

Wir werden vielfach gefragt, wie diese Anzeige zu verhindern ist. Derzeit kann dies nur jeder selbst einstellen:

Man kann alle KollegInnen, gruppenweise oder auch einzeln in eine "andere Beziehung" setzen. Die Anzeige ist für alle KollegInnen nicht mehr sichtbar, die aus der sog. Beziehung "Kollegen" in die Beziehung "externe Kontakte" eingeordnet werden. Auswertungen der Statusanzeige sind nicht zulässig.

Eine ausführliche Anleitung zur Einstellungsveränderung gibt's im Intranet, den Link finden Sie auf unserer Homepage unter www.belegschaftsliste.de



5-Schichtsystemwechsel auf Eis gelegt !

Im Frühjahr 2011 hatte der Schichtausschuss zur Information den erweiterten Kreis der Vertrauensleute auf Schicht eingeladen. In der Veranstaltung wurde unter anderem das 5-Schichtmodell aus Bergkamen vorgestellt.

Da der Wunsch bestand mehr Information über das Modell zu bekommen, hat der Schichtausschuss die Unterlagen an einen größeren Kreis von Kolleginnen und Kollegen auf Schicht verschickt, mit der Bitte sich mal mit dem System auseinander zu setzen.

Das haben auch viele Kolleginnen und Kollegen gemacht: Es gab Stimmen für und gegen das Bergkamener 5-Schichtmodell.

Die Mehrheit jedoch, und das ist einhellige Meinung im Schichtausschuss, möchte das bisherige Modell beibehalten. Somit macht es keinen Sinn, eine Abfrage in den Produktionsbetrieben zu starten und damit letztendlich nur Unruhe in der Produktion zu erzeugen.



Privatversichert nicht immer ein Segen!

Diese Erfahrung mussten leider schon einige Kolleginnen und Kollegen machen.

Bei einer Arbeitsunfähigkeit, die über den Zeitraum von 6 Wochen hinaus geht, wird Krankengeld bezahlt. Die Beiträge zur Krankenversicherung werden ab der Zahlung von Krankengeld (nach 6 Wochen AU) für alle Mitglieder von gesetzlichen Krankenkassen (GKV) als bezahlt gewertet. Dies gilt für gesetzlich und freiwillig Versicherte in der GKV gleichermaßen.

Bei den Privatversicherten verhält sich das etwas anders. Privatversicherte haben meist auch den Anspruch auf Lohnfortzahlung von bis zu 72 Wochen (in eigenen Vertrag schauen!!), aber die Beiträge zur Krankenversicherung müssen sie ab der 7. Woche komplett selber zahlen, was eine nicht unerhebliche Belastung darstellt.

So sollte sich jeder überlegen, ob er in eine private Kasse wechselt, zumal es nicht so einfach möglich ist, wieder in die gesetzliche Krankenkasse zurückzukehren.

Aufsichtsrat BAYER wird neu gewählt

Wie Sie vielleicht bemerkt haben, sind die Aufsichtsratswahlen durch die zuständigen Wahlvorstände eingeleitet worden.

Aufsichtsräte in einem Großunternehmen werden nicht direkt per Urnenwahl gewählt. Hier findet eine sogenannte Delegiertenwahl statt.

In allen Standorten werden zunächst Delegierte gewählt (die Anzahl bestimmt sich durch die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer). Für die Gruppe der (Nicht-Leitenden) Beschäftigten in Wuppertal sind somit 14 Delegierte mit Doppelstimmrecht zu bestimmen. Die Gruppe der Leitenden Angestellten wählt ihre Delegierten gesondert.

Wird nur ein Wahlvorschlag eingereicht, so gelten die darauf aufgeführten Delegierten als gewählt. Dieses Prozedere nennen wir

"Friedenswahl", weil sich hierfür die beteiligten Interessengruppen im Vorfeld auf eine Zusammenstellung der Listen "friedlich" geeinigt haben. Wird eine 2. Liste eingereicht, muss gewählt werden, dann sind alle Beschäftigten zur Stimmabgabe in einer Urnenwahl aufgerufen.

Auf Friedenswahl verständigt

Die Belegschaftsliste hat frühzeitig die Gruppen BASO und IG BCE auf eine mögliche Friedenswahl angesprochen. Erst Mitte Oktober gelang eine Übereinkunft über die Mandatsverteilung.

Bewerbung um Aufsichtsratsitze

Für die Sitze im Aufsichtsrat sind Mandate für Gewerkschaften, für Leitende Angestellte und für ("normale") Arbeitnehmer vorgesehen. Die Belegschaftsliste beteiligt sich

an einem Wahlvorschlag mit Kolleginnen aus den Standorten Berlin, Bergkamen, Wuppertal und Leverkusen unter dem Titel "Gemeinsames Netzwerk aller Beschäftigten in der Bayer AG".

Wir werden darüber noch berichten.

Aufsichtsratsstantiemen gespendet

Michael Schmidt-Kießling ist seit dem Jahr 2009 Mitglied im Aufsichtsrat der Bayer Schering Pharma AG.

Die in dieser Zeit geflossenen Aufsichtsratsvergütungen sind zum größten Teil an folgende Organisationen gespendet worden:

- Aktion Kindertal Wuppertal
- Wuppertaler AIDS-Hilfe
- Integrationsfachdienst, Diakonie Wuppertal

Personalanpassungen in Elberfeld bei Bayer Pharma quasi erledigt

Vor Weihnachten 2010 wurden für alle Standorte bzw. Unternehmensbereiche Personaleinsparungsziele ausgegeben. Herr Dr. Dekkers wollte bis Ende 2012 weltweit bis zu 6000 Arbeitsplätze einsparen. In Deutschland sollen die Beschäftigtenzahlen um bis zu 900 absinken. Bei den Detailzahlen wurde für die Forschung und Entwicklung in Wuppertal eine Zahl von ca. 30 benannt, für die Produktion BHC-übergreifend ca. 200 Arbeitsplätze.

Wo stehen wir heute?

Durch einzelne Versetzungen und vorwiegend Frühpensionierungen innerhalb von Forschung und Entwicklung sind dort die Zahlen im Prinzip erreicht.

Es gab viele Wünsche nach Ausscheiden in den Ruhestand, doch die Arbeitsplätze der KollegInnen können vielfach nicht entfallen.

Trotzdem wurden KollegInnen in einzelnen Bereichen sehr intensiv „gebeten“, die Ruhestandslösung zu favorisieren. Ca. 20 KollegInnen haben das Angebot bereits angenommen, einige sind noch in der Überlegungsphase, andere haben nach Kenntnis der Zahlen abgelehnt.

Im Produktionsbereich konnte der Wunsch vieler KollegInnen zur möglichen Inanspruchnahme einer Alterslösung bislang nicht realisiert werden. So sehr wir uns einerseits freuen, dass Personalabbau nicht

nötig ist, so würden wir doch den älteren KollegInnen einen geregelten früheren Ausstieg aus dem Berufsleben gönnen.

Dabei ist aber zu beachten, dass insbesondere bei Schichtkollegen die Ausrechnung eher Tränen hervorruft: Die sich ergebenden Angebote sind meist finanziell nicht annehmbar.

Ursache hierfür ist die nicht ausreichende Würdigung der Schichtzulagen bei den betrieblichen Übergangsleistungen wie auch bei der zu erwartenden staatlichen Rente.

Offen sind noch alle Personalbewegungen bei der BBS. Die Verhandlungen hierzu sind gerade erst angelaufen.

Facebook - "Gefällt mir!"

Soziale Netzwerke wie Facebook, Study VZ, Stay Friends etc. kann sich kaum noch einer wegdenken. Sie begleiten viele Menschen im Alltag - viele "junge Menschen" glauben den Tag ohne den Facebook-Kontakt per Handy oder Internet kaum noch organisieren zu können.

Seit einiger Zeit wird aber auch immer mehr auf Gefahren hingewiesen, die im Umgang mit diesen Netzwerken entstehen können.

Wir wollen in einer Veranstaltung aufzeigen, worauf man achten sollte, wenn man sich, oder die Kinder im Netz bewegen. Zu der Veranstaltung haben wir **Arndt Halbach**, einen Experten auf dem Gebiet gewinnen können. Er ist Geschäftsführer der „rgi“ Gesellschaft für Informationstechnik GmbH und **Mitglied im CCC, dem Chaos Computer Club**.

Die Veranstaltung findet in der alten Feuerwache (Gathe)

am Donnerstag den 10.11.2011 ab 17:00 Uhr

in der Dachkammer statt.

Jeder ist herzlich eingeladen, und wir würden uns über eine zahlreiche Teilnahme freuen.



Vielen Dank an alle, die mit Ihrer Spende das Erscheinen dieser Zeitung ermöglichen.
Unsere Konto-Nr.:
4760625,
Commerzbank Wpt.,
BLZ 33040001,
Kennwort:
Hochwald/
Belegschaftsliste

